

BR/GT I/10 d/69

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 12. August 1969
BR/GT I/10/69

Sekretariat

Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren

Artikel 119 bis 123c, 153 bis 173 und 180

in synoptischer Darstellung mit

den Vorentwürfen der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" in den Fassungen von 1962 und 1965 sowie

dem von den Staaten der Europäischen Freihandels-Assoziation ausgearbeiteten Entwurf eines
offenen europäischen Patentabkommens

Die Regierungskonferenz über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens hat auf ihrer Sitzung vom 21. Mai 1969 eine erste Arbeitsgruppe zum Studium der patentrechtlichen Fragen eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe hat auf ihrer konstituierenden Sitzung vom selben Tag ihren Vorsitzenden beauftragt, zur Vorbereitung der Sitzungen dieser Arbeitsgruppe Vorschläge für das geplante Abkommen auszuarbeiten (Sitzungsbericht BR/GT I/1/69 vom 23. Mai 1969, Seite 2).

Mit einer ersten Arbeitsunterlage vom 2. Juni 1969 (deutsch) und vom 9. Juni 1969 (englisch und französisch) - BR/GT I/2/69 - wurden Vorschläge für die Artikel 1 bis 41 vorgelegt.

Die Artikel 42 bis 53, die die Finanzvorschriften enthalten, sind in der 1. Sitzung der Arbeitsgruppe am 8. Juli 1969 zurückgestellt worden und sollen einer besonderen Arbeitsgruppe überwiesen werden.

Mit einer zweiten Arbeitsunterlage vom 1. August 1969 - BR/GT I/9/69 - wurden Vorschläge für die Artikel 54 bis 113 vorgelegt.

Der Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht von 1962, dessen Gliederung vorläufig übernommen wurde, sieht nach Artikel 113 noch folgende Artikelgruppen vor:

Artikel 114 bis 118	Umwandlung in eine nationale Patentanmeldung
---------------------	--

Artikel 119 bis 123	Aufrechterhaltung des europäischen Patents
---------------------	--

Artikel 124 bis 135	Erlöschen und Nichtigkeit des europäischen Patents
Artikel 136 bis 152	Zwangslizenzen
Artikel 153 bis 173	Gemeinsame Vorschriften für das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt
Artikel 174 bis 184	Verletzungsverfahren und andere Zivilverfahren
Artikel 185 bis 205	Übergangsbestimmungen
Artikel 206 bis 217	Schlußbestimmungen

In der vorliegenden dritten Arbeitsunterlage werden Vorschläge für folgende Artikelgruppen vorgelegt:

Artikel 119 bis 123c	Aufrechterhaltung der europäischen Patentanmeldung und des europäischen Patents
Artikel 153 bis 173	Gemeinsame Vorschriften für das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt

Außerdem wird aus der Artikelgruppe über das Verletzungsverfahren ein Vorschlag zu Artikel 180 betreffend Gutachten des Europäischen Patentamts aufgenommen.

Die fehlenden Artikelgruppen entfallen entweder aufgrund der neuen Zielsetzung oder sie sollten vorläufig zurückgestellt werden.

Mit den bisher vorgelegten drei Arbeitsunterlagen sind die wichtigsten patentrechtlichen Materien aus dem Vorentwurf von 1962 behandelt, die

in das Mandat der Arbeitsgruppe I fallen. Es fehlt noch eine Artikelgruppe, die im Vorentwurf von 1962 nicht enthalten sein konnte, nämlich eine Reihe von Vorschriften, die vorsehen, daß einerseits über eine internationale Patentanmeldung nach dem Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT) eine europäische Patentanmeldung bewirkt werden kann und daß andererseits eine europäische Patentanmeldung als Grundlage für eine internationale Patentanmeldung dienen kann. In dem Memorandum vom 17. März 1969, das der Regierungskonferenz vorgelegen hat, ist auf Seite 7 die Berücksichtigung des PCT-Plans vorgesehen. Die Vorschläge des Vorsitzenden müssen daher noch um eine entsprechende Artikelgruppe ergänzt werden. Sie sollen in einer besonderen Arbeitsunterlage nachgereicht und ebenfalls auf der 3. Sitzung der Arbeitsgruppe I behandelt werden. Diese Artikelgruppe dürfte nach der vorläufigen Gliederung als Artikel 113a folgende einzuordnen sein.

Die in der vorliegenden dritten Arbeitsunterlage enthaltenen Vorschläge zu den Artikeln 119 bis 123c und 153 bis 173 sowie 180 gehen wie die bisherigen Vorschläge davon aus, daß der von den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1960/1965 ausgearbeitete Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht soweit als möglich übernommen werden soll. Änderungen werden nur insoweit vorgeschlagen, als die neue Zielsetzung des geplanten Übereinkommens oder der Entwurf eines Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT) Abweichungen erforderlich erscheinen lassen. Der von den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandels-Assoziation 1965/1967 ausgearbeitete Entwurf eines offenen europäischen Patentabkommens ist berücksichtigt worden.

4

Zum besseren Verständnis der vorgeschlagenen Änderungen und zur Erleichterung der Erörterungen sind dem Vorschlag Texte des veröffentlichten Brüsseler Vorentwurfs von 1962, des EFTA-Entwurfs, der sich an diesen Vorentwurf von 1962 anlehnt, und des Brüsseler Vorentwurfs von 1965 synoptisch gegenübergestellt.

Vorentwurf von 1962

bedeutet: Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht, ausgearbeitet von der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" und veröffentlicht im Jahre 1962.

EFTA-Entwurf

bedeutet: EUROPEAN FREE TRADE ASSOCIATION - Draft of an open European Patent Convention forming the first Convention in the two-part scheme - Annex III zum Arbeitsdokument EFTA 4/67 vom 19. Januar 1967. Diesem Entwurf lag der Vorentwurf von 1962 zugrunde.

Vorentwurf von 1965

bedeutet: Vorentwurf von 1962 unter Berücksichtigung der im Arbeitsdokument 2335/IV/65-D der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" vom 22. Januar 1965 enthaltenen Änderungen.

Die Überschriften auf den linken Seiten

sind dem Vorentwurf von 1965 entnommen.

- + in den Spalten "EFTA-Entwurf" und
"Vorschlag des Vorsitzenden"

bedeutet, daß der Text der nebenstehenden linken Spalte unverändert übernommen worden ist, und zwar der Text des Vorentwurfs von 1962 in den EFTA-Entwurf beziehungsweise der Text des Vorentwurfs von 1965 in den Vorschlag des Vorsitzenden.

- * vor einzelnen Absätzen des "Vorentwurfs von 1965"

bedeutet, daß der Vorentwurf von 1965 gegenüber dem Vorentwurf von 1962 unverändert ist. Dieses Zeichen wurde auch bei solchen Absätzen gesetzt, die nur im französischen Text, hingegen aus stilistischen Gründen nicht im deutschen Text gegenüber dem Vorentwurf von 1962 unverändert geblieben sind.

- unter dem Text in der Spalte "Vorentwurf von 1965"

bedeutet, daß der so gekennzeichnete Text in der Spalte "Vorschlag des Vorsitzenden" entfällt.

- unter dem Text in der Spalte "Vorschlag des Vorsitzenden"

bedeutet, daß der so gekennzeichnete Text gegenüber dem Vorentwurf von 1965 neu aufgenommen worden ist. Völlig neue Absätze sind jedoch nicht unterstrichen.

KAPITEL III^{bis}

INTERNATIONALE ANMELDUNG NACH DEM VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Artikel 113a und weitere Artikel

Vorschlag des Vorsitzenden:

An dieser Stelle sollten die Artikel eingefügt werden, die vorsehen, daß einerseits über eine internationale Patentanmeldung nach dem Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT) eine europäische Patentanmeldung bewirkt werden kann und daß andererseits eine europäische Patentanmeldung als Grundlage für eine internationale Patentanmeldung dienen kann. Die entsprechenden Vorschläge werden nachgereicht.

KAPITEL IV

UMWANDLUNG DER EUROPÄISCHEN PATENTANMELDUNG IN EINE NATIONALE PATENTANMELDUNG

Artikel 114 bis 118

Vorschlag des Vorsitzenden:

Das System der Umwandlung der europäischen Patentanmeldung in eine nationale Patentanmeldung sollte beibehalten werden. Die Behandlung der Artikel 114 bis 118 sollte jedoch zurückgestellt werden, bis das Erteilungsverfahren für das europäische Patent in seinen Grundzügen feststeht.

AUFRECHTERHALTUNG DER EUROPÄISCHEN PATENTANMELDUNG UND DES EUROPÄISCHEN PATENTS

Vorbemerkung:

In diesem SECHSTEN TEIL sind in den Artikeln 119 bis 123c Vorschriften über Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung und für das europäische Patent sowie Vorschriften über die Übersetzung der Patentschrift zusammengefaßt.

Der Vorschlag des Vorsitzenden geht davon aus, daß für die europäische Patentanmeldung Jahresgebühren erhoben werden, die an das Europäische Patentamt zu zahlen sind. Ob diese Jahresgebühren von gleichbleibender Höhe (wie im niederländischen Patentrecht) oder progressiv gestaffelt sein sollen (wie im deutschen Patentrecht), sollte der Gebührenordnung überlassen bleiben. Desgleichen sollte der Gebührenordnung überlassen bleiben, ob für jeden benannten Vertragsstaat ein Zuschlag (Ländergebühr) zu zahlen ist.

Nach der Erteilung des europäischen Patents sollten die Jahresgebühren nach nationalem Recht an die nationalen Patentämter gezahlt werden. Eine besondere Regelung kann von den Vertragsstaaten getroffen werden, die ein besonderes Übereinkommen im Sinne des Artikels 8a beschlossen haben. Diese Staaten können für das einheitliche Patent besondere, von den nationalen Jahresgebühren unabhängige Jahresgebühren festsetzen, die an das Europäische Patentamt zu zahlen sind.

Ob und in welchem Umfang die Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung und für das erteilte europäische Patent zur Finanzierung des Europäischen Patentamts herangezogen werden sollen, sollte den Finanzvorschriften (Artikel 42 bis 53) überlassen bleiben.

Artikel 119
Jahresgebühren

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Für das europäische Patent sind die Jahresgebühren zu entrichten, die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben sind. Die Jahresgebühren werden für das dritte und jedes weitere Jahr, gerechnet vom Tag der Anmeldung an, geschuldet. Für Zusatzpatente sind Jahresgebühren nicht zu entrichten.</p>	<p>Für das europäische Patent sind die Jahresgebühren zu entrichten, die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben sind. Jede Jahresgebühr enthält einen Betrag für jedes Land, auf das sich das Patent erstreckt. Diese Gebühren werden für das dritte und jedes weitere Jahr, gerechnet vom Tag der Anmeldung an, geschuldet. Für Zusatzpatente sind Jahresgebühren nicht zu entrichten.</p>	<p>* Für das europäische Patent sind die Jahresgebühren zu entrichten, die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben sind. Die Jahresgebühren werden für das dritte und jedes weitere Jahr, gerechnet vom Tag der Anmeldung an, geschuldet. Für Zusatzpatente sind Jahresgebühren nicht zu entrichten.</p>

KAPITEL I

AUFRECHTERHALTUNG DER EUROPÄISCHEN PATENTANMELDUNG

Artikel 119

Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Für die europäische Patentanmeldung sind an das Europäische Patentamt die Jahresgebühren zu entrichten, die in der Gebührenordnung zu diesem Übereinkommen vorgeschrieben sind. Die Jahresgebühren werden für das dritte und jedes weitere Jahr, gerechnet vom Tag der Anmeldung an, geschuldet.

Bemerkung:

(2) Für die europäische Zusatzpatentanmeldung sind Jahresgebühren nicht zu entrichten. Für eine Zusatzpatentanmeldung, die in eine selbständige Patentanmeldung umgewandelt worden ist oder gemäß Artikel 88 Absatz 3a als Anmeldung eines selbständigen Patents gilt, sind die Jahresgebühren wie für eine von Anfang an selbständige Patentanmeldung zu entrichten.

Absatz 2 Satz 2 ist vom Vorsitzenden vorgeschlagen worden, um klarzustellen, von welchem Zeitpunkt an für eine umgewandelte Zusatzpatentanmeldung Jahresgebühren zu entrichten sind.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Jahresgebühren sind jeweils vor Beginn des Jahres zu entrichten, für das die Gebühr geschuldet ist. Für die Zeit vor der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents geschuldete Jahresgebühren sind spätestens vier Monate nach der Erteilung des Patents zu entrichten.</p>	<p>(1) +</p>	<p>(1) * Die Jahresgebühren sind jeweils vor Beginn des Jahres zu entrichten, für das die Gebühr geschuldet ist. Für die Zeit vor der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents geschuldete Jahresgebühren sind spätestens vier Monate nach der Erteilung zu entrichten.</p>
<p>(2) Erfolgt die Zahlung der Jahresgebühr nicht bis zu dem gemäß Absatz 1 für die Zahlung maßgebenden Zeitpunkt, so kann die Jahresgebühr innerhalb einer Frist von sechs Monaten von diesem Zeitpunkt an wirksam entrichtet werden, sofern sie mit dem in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebenen Zuschlag entrichtet wird.</p>	<p>(2) +</p>	<p>(2) Erfolgt die Zahlung der Jahresgebühr nicht bis zu dem gemäß Absatz 1 für die Fälligkeit maßgebenden Zeitpunkt, so kann die Jahresgebühr noch innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Fälligkeit wirksam entrichtet werden, sofern sie mit dem in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebenen Zuschlag entrichtet wird.</p>
<p>(3) Das Erlöschen des europäischen Patents wegen nicht rechtzeitiger Entrichtung einer Jahresgebühr gilt als mit Ablauf des Jahres eingetreten, das dem Jahr vorhergeht, für das diese Jahresgebühr geschuldet ist.</p>	<p>(3) +</p>	<p>(3) * Das Erlöschen des europäischen Patents wegen nicht rechtzeitiger Entrichtung einer Jahresgebühr gilt als mit Ablauf des Jahres eingetreten, das dem Jahr vorhergeht, für das diese Jahresgebühr geschuldet ist.</p>

Artikel 120

Fälligkeit

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die Jahresgebühren sind jeweils
vor Beginn des Jahres zu entrichten, für
das die Gebühr geschuldet ist.

(2) +

(3) - entfällt -

Artikel 121

Feststellung der Zahlung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Vorbehaltlich der Anwendung der Bestimmungen des Artikel 113 entscheidet über die Rechtzeitigkeit der Zahlung der Jahresgebühren nur das Europäische Patentamt. Im Streitfall entscheidet auf Antrag die Patentverwaltungsabteilung.	+	Vorbehaltlich der Anwendung des Artikels 113 entscheidet über die Rechtzeitigkeit der Zahlung der in den Artikeln 119 und 120 Absatz 2 vorgesehenen Gebühr nur das Europäische Patentamt.

Artikel 121

Feststellung der Zahlung

Vorschlag des Vorsitzenden

Über die Rechtzeitigkeit der Zahlung
der in den Artikeln 119 und 120 Absatz 2
vorgesehenen Gebühr entscheidet nur das
Europäische Patentamt.

Stundung von Jahresgebühren

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Das Europäische Patentamt kann auf Antrag jeder natürlichen Person, die Inhaber eines europäischen Patents ist, Stundungsfristen für die Zahlung von Jahresgebühren gewähren, wenn und soweit der Antragsteller innerhalb der für die Entrichtung der Jahresgebühren vorgeschriebenen Frist nachweist, daß er wegen Bedürftigkeit zur Zahlung nicht in der Lage ist. Die Stundungsfrist darf höchstens zwei Jahre betragen und kann wiederholt gewährt werden; die Zahlung darf jedoch nicht länger als bis zum Ablauf von zwei Jahren nach der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents gestundet werden. Die Stundung wird nur für höchstens neun Zehntel des Betrags der zu entrichtenden Gebühren gewährt. Ferner kann die Stundung von der Entrichtung von Teilzahlungen abhängig gemacht werden.</p>	<p>(1) +</p>	<p>(1) Das Europäische Patentamt kann auf Antrag jeder natürlichen Person, die Inhaber eines europäischen Patents ist, Stundung für die Zahlung von Jahresgebühren gewähren, wenn und soweit der Antragsteller innerhalb der für die Entrichtung der Jahresgebühren vorgeschriebenen Frist nachweist, daß er wegen Bedürftigkeit zur Zahlung nicht in der Lage ist. Die Stundung kann höchstens für zwei Jahre bewilligt und wiederholt gewährt werden; die Zahlung darf jedoch nicht länger als bis zum Ablauf von zwei Jahren nach Eintritt der Rechtskraft der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents gestundet werden. Die Stundung wird nur für höchstens neun Zehntel des Betrags der zu entrichtenden Gebühren gewährt. Ferner kann die Stundung von der Entrichtung von Teilzahlungen abhängig gemacht werden.</p>
<p>(2) Abweichend von Absatz 1 kann das Europäische Patentamt dem Patentinhaber auf Antrag gestatten, innerhalb einer Frist von einem Jahr, vom Ablauf des zweiten Jahres nach der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents an gerechnet, den Gesamtbetrag der zu diesem Zeitpunkt fällig werdenden Jahresgebühren in Teilzahlungen zu entrichten.</p>	<p>(2) +</p>	<p>(2) Abweichend von Absatz 1 kann das Europäische Patentamt dem Patentinhaber auf Antrag gestatten, innerhalb einer Frist von einem Jahr nach Ablauf des zweiten Jahres nach Eintritt der Rechtskraft der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents den Gesamtbetrag der bis zu diesem Zeitpunkt gestundeten Jahresgebühren in Teilzahlungen zu entrichten.</p>
<p>(3) Während des Zeitraums der Befreiung von der Zahlung gemäß Artikel 169 Absatz 1</p>	<p>(3) +</p>	<p>(3) - gestrichen -</p>

Artikel 122
Stundung von Jahresgebühren

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt -

Bemerkung:

Zweck dieser Vorschrift war es, dem bedürftigen Anmelder zu ermöglichen, die während des Verfahrens fällig werdenden Jahresgebühren erst nach der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents, d.h. nach dem Beginn der Verwertung des europäischen Patents, zu zahlen. Mit der neuen Konstruktion der Erteilung eines Bündels nationaler Patente kann dieser Zweck nicht mehr erreicht werden, da der Fortbestand des europäischen Patents als nationales Patent nicht von der Nachzahlung europäischer Gebühren abhängig gemacht werden sollte. Zum Ausgleich für den Anmelder wird vorgeschlagen, die Bestimmungen über das Armenrecht in Artikel 169 auf die Jahresgebühren auszudehnen.

Sollte die Arbeitsgruppe den Wunsch haben, die Möglichkeit der Stundung von Jahresgebühren durch das Europäische Patentamt beizubehalten, so müßte die Stundung jedenfalls bis zu dem Zeitpunkt der Erteilung des europäischen Patents beschränkt werden.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
findet die Vorschrift des Absatzes 1 im gleichen Umfang Anwendung, in dem die Befreiung gewährt worden ist, ohne daß es erforderlich ist, die Bedürftigkeit nachzuweisen. Die Vorschrift findet ebenfalls ohne einen solchen Nachweis Anwendung, wenn der in Artikel 169 Absatz 1 vorgesehene Antrag eingereicht worden ist. Im Fall der Zurückweisung dieses Antrags sind die Jahresgebühren innerhalb von drei Monaten nach der Zurückweisung zu entrichten. Die Bestimmungen des Absatzes 2 und des Artikels 123 finden entsprechende Anwendung.		

Artikel 123

Nichtzahlung innerhalb der Stundungsfrist

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Werden die gemäß Artikel 122 gestundeten Jahresgebühren nicht rechtzeitig entrichtet, so erlischt das europäische Patent mit Ablauf der Stundungsfrist. Die zum Zeitpunkt des Erlöschens des europäischen Patents nicht entrichteten Jahresgebühren werden weiter geschuldet. Die Nichtzahlung wird durch eine Entscheidung der Patentverwaltungsabteilung festgestellt.	+	* Werden die gemäß Artikel 122 gestundeten Jahresgebühren nicht rechtzeitig entrichtet, so erlischt das europäische Patent mit Ablauf der Stundungsfrist. Die zum Zeitpunkt des Erlöschens des europäischen Patents nicht entrichteten Jahresgebühren werden weiter geschuldet. Die Nichtzahlung wird durch eine Entscheidung der Patentverwaltungsabteilung festgestellt.

Artikel 123

Nichtzahlung innerhalb der Stundungsfrist

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt -

Bemerkung:

Siehe Bemerkung zu Artikel 122.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Das vorläufige europäische Patent erlischt außer im Fall des Artikels 16 Absatz 5,</p> <p>c) wenn die Jahresgebühren nicht rechtzeitig entrichtet werden.</p>	<p>(1) Ein europäisches Patent erlischt außer im Fall des Artikels 16 Absatz 5,</p> <p>c) +</p>	<p>(1) * <u>Das vorläufige europäische Patent erlischt außer im Fall des Artikels 16 Absatz 5,</u></p> <p>c) * wenn die Jahresgebühren nicht <u>rechtzeitig</u> entrichtet werden.</p>

Artikel 123a
Folgen der Nichtzahlung

Vorschlag des Vorsitzenden

Wird eine Jahresgebühr bis zum Ablauf der
in Artikel 120 Absatz 2 genannten Frist nicht
entrichtet, so gilt die europäische Patentan-
meldung als zurückgenommen.

Bemerkung:

Es ist möglich, daß zum Zeitpunkt der Erteilung des europäischen Patents (Artikel 101) eine Jahresgebühr für die europäische Patentanmeldung bereits fällig, aber nicht gezahlt ist. Würde das europäische Patent ohne Berücksichtigung der Nichtzahlung der fälligen Jahresgebühr erteilt werden, so müßte in Artikel 123a als Sanktion vorgesehen werden, daß das europäische Patent im Fall der Nichtzahlung erlischt. Dies erscheint aus den in der Bemerkung des Vorsitzenden zu Artikel 122 dargelegten Gründen nicht sachgemäß.

Es wird daher vorgeschlagen, Artikel 101 Absatz 2 dahin zu ergänzen, daß die Erteilung des europäischen Patents außer von der Entrichtung der Gebühren für die Erteilung und für die Druckkosten auch von der Zahlung der bereits fälligen Jahresgebühr abhängig gemacht wird.

Artikel 119
Jahresgebühren

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Für das europäische Patent sind die Jahresgebühren zu entrichten, die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben sind. Die Jahresgebühren werden für das dritte und jede weitere Jahr, gerechnet vom Tag der Anmeldung an, geschuldet. Für Zusatzpatente sind Jahresgebühren nicht zu entrichten.</p>	<p>Für das europäische Patent sind die Jahresgebühren zu entrichten, die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben sind. Jede Jahresgebühr enthält einen Betrag für jedes Land, auf das sich das Patent erstreckt. Diese Gebühren werden für das dritte und jedes weitere Jahr, gerechnet vom Tag der Anmeldung an, geschuldet. Für Zusatzpatente sind Jahresgebühren nicht zu entrichten.</p>	<p>* Für das europäische Patent sind die Jahresgebühren zu entrichten, die <u>in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben sind.</u> Die Jahresgebühren werden für das <u>dritte und jedes weitere Jahr, gerechnet vom Tag der Anmeldung an, geschuldet.</u> <u>Für Zusatzpatente sind Jahresgebühren nicht zu entrichten.</u></p>

n
R
d
z
v
f
a
E
g

AUFRECHTERHALTUNG DES EUROPÄISCHEN PATENTS

Artikel 123b

Jahresgebühren für das europäische Patent

Vorschlag des Vorsitzenden

Für das europäische Patent sind an die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines jeden Vertragsstaats, für den das Patent erteilt ist, die Jahresgebühren zu entrichten, die nach dem nationalen Recht vorgeschrieben sind. Die Jahresgebühren werden für das Jahr, gerechnet vom Tag der Anmeldung an, das nach dem Eintritt der Rechtskraft der Erteilung beginnt, sowie für jedes weitere Jahr geschuldet.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
	<p data-bbox="794 283 1130 313">Art. 34 Abs. 5 S. 2</p> <p data-bbox="745 350 1234 728">Jeder Vertragsstaat kann Vorschriften vorsehen, nach denen die Wirksamkeit eines Patents in diesem Staat davon abhängt, daß der Anmelder eine Übersetzung der gesamten Druckschrift in die Sprache dieses Staates beibringt und die Druckschrift auch in dieser Sprache gedruckt und veröffentlicht wird.</p>	

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Ist die Patentschrift des europäischen Patents nicht in einer der Amtssprachen eines Vertragsstaats abgefaßt, so kann dieser Vertragsstaat vorschreiben, daß der Inhaber des europäischen Patents innerhalb einer Frist von mindestens drei Monaten nach dem Tag der Bekanntmachung der Patenterteilung im Europäischen Patentblatt bei der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz

- a) eine Übersetzung der Patentschrift in eine seiner Amtssprachen einzureichen, oder
- b) eine Gebühr für die Herstellung einer amtlichen Übersetzung der Patentschrift in eine seiner Amtssprachen zu entrichten hat.

(2) Jeder Vertragsstaat, der eine Vorschrift gemäß Absatz 1 erlassen hat, kann außerdem vorschreiben, daß der Patentinhaber innerhalb der in Absatz 1 genannten Frist die Kosten für eine Veröffentlichung der Übersetzung zu entrichten hat.

(3) Jeder Vertragsstaat kann vorschreiben, daß im Falle der Nichtbeachtung einer auf Grund der Absätze 1 oder 2 erlassenen Vorschrift die Wirkungen des europäischen Patents in dem Vertragsstaat als von Anfang an nicht eingetreten gelten.

SIEBENTER TEIL

NICHTIGKEIT DES EUROPÄISCHEN PATENTS

KAPITEL I

ERLÖSCHEN

Artikel 124 bis 126

Vorschlag des Vorsitzenden: Entfallen

KAPITEL II

NICHtigKEIT

Artikel 127 bis 135

Vorschlag des Vorsitzenden:

Nach der Vorschrift des Artikels 2 Absatz 2a in der Fassung des Redaktionsausschusses dürften sich besondere Vorschriften über die Nichtigkeitsgründe und das Nichtigkeitsverfahren für das europäische Patent erübrigen. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Artikel 127 bis 135 zu streichen.

ACHTER TEIL

ZWANGSLIZENZEN

Artikel 136 bis 152

Vorschlag des Vorsitzenden:

Entfallen; s. Bemerkung zu den Artikeln 127 bis 135.

NEUNTER TEIL

GEMEINSAME VORSCHRIFTEN FÜR DAS VERFAHREN VOR DEM EUROPÄISCHEN PATENTAMT

KAPITEL I

ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN FÜR DAS VERFAHREN

Artikel 153

Ausschließung und Ablehnung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Mitglieder der Beschwerdekammern und der Nichtigkeitskammern dürfen nicht an der Erledigung einer Sache mitwirken, an der sie selbst beteiligt sind oder in der sie vorher als Vertreter eines Beteiligten tätig gewesen sind oder an deren abschließender Entscheidung in der Vorinstanz sie mitgewirkt haben. Die Mitglieder der Nichtigkeitskammern dürfen ferner an dem Verfahren zur Erklärung der Nichtigkeit eines europäischen Patents nicht mitwirken, wenn sie an einer abschließenden Entscheidung im Verfahren über die Erteilung oder Bestätigung dieses Patents mitgewirkt haben.</p> <p>(2) Glaubt ein Mitglied der Beschwerdekammern oder der Nichtigkeitskammern aus einem der in Absatz 1 genannten Gründe oder aus einem sonstigen Grund nicht mitwirken zu können, so macht es der Kammer hiervon Mitteilung.</p>	<p>(1) Die Mitglieder der Beschwerdekammern dürfen nicht an der Erledigung einer Sache mitwirken, an der sie selbst beteiligt sind oder in der sie vorher als Vertreter eines Beteiligten tätig gewesen sind oder an deren abschließender Entscheidung in der Vorinstanz sie mitgewirkt haben.</p> <p>(2) Glaubt ein Mitglied der Beschwerdekammern aus einem der in Absatz 1 genannten Gründe oder aus einem sonstigen Grund nicht mitwirken zu können, so</p>	<p>(1)*Die Mitglieder der Beschwerdekammern und der <u>Nichtigkeitskammern</u> dürfen nicht an der Erledigung einer Sache mitwirken, an der sie selbst beteiligt sind oder in der sie vorher als Vertreter eines Beteiligten tätig gewesen sind oder an deren abschließenden Entscheidung in der Vorinstanz sie mitgewirkt haben. Die Mitglieder der <u>Nichtigkeitskammern</u> dürfen ferner an dem Verfahren zur Erklärung der <u>Nichtigkeit eines europäischen Patents</u> nicht mitwirken, wenn sie an einer abschließenden Entscheidung im Verfahren über die Erteilung oder Bestätigung dieses Patents mitgewirkt haben.</p> <p>(2)* Glaubt ein Mitglied der Beschwerdekammern oder der <u>Nichtigkeitskammern</u> aus einem der in Absatz 1 genannten Gründe oder aus einem sonstigen Grund nicht mitwirken zu können, so macht es der Kammer hiervon Mitteilung.</p>

NEUNTER TEIL

GEMEINSAME VORSCHRIFTEN FÜR DAS VERFAHREN VOR DEM EUROPÄISCHEN PATENTAMT

KAPITEL I

ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN FÜR DAS VERFAHREN

Artikel 153

Ausschließung und Ablehnung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die Mitglieder der Beschwerdekammern und der Großen Beschwerdekammer dürfen nicht an der Erledigung einer Sache mitwirken, an der sie selbst beteiligt sind oder in der sie vorher als Vertreter eines Beteiligten tätig gewesen sind oder an deren abschließender Entscheidung in der Vorinstanz sie mitgewirkt haben.

(2) Glaubt ein Mitglied der Beschwerdekammern oder der Großen Beschwerdekammer aus einem der in Absatz 1 genannten Gründe oder aus einem sonstigen Grund nicht mitwirken zu können, so macht es der Kammer hiervon Mitteilung.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(3) Die Mitglieder der Beschwerdekammern oder der Nichtigkeitskammern können von jedem Beteiligten aus einem der in Absatz 1 genannten Gründe oder wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden. Die Ablehnung kann nicht mit der Staatsangehörigkeit der Mitglieder oder damit begründet werden, daß kein Mitglied der Kammer die Staatsangehörigkeit des Antragstellers besitzt.</p> <p>(4) In den Fällen der Absätze 2 und 3 entscheidet die Kammer. Diese Entscheidung ergeht im Fall des Absatzes 2 ohne die Mitwirkung des betroffenen Mitglieds.</p>	<p>macht es der Kammer hiervon Mitteilung.</p> <p>(3) Die Mitglieder der Beschwerdekammern können von jedem Beteiligten aus einem der in Absatz 1 genannten Gründe oder wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden. Die Ablehnung kann nicht mit der Staatsangehörigkeit der Mitglieder oder damit begründet werden, daß kein Mitglied der Kammer die Staatsangehörigkeit des Antragstellers besitzt.</p> <p>(4) +</p>	<p>(3)*Die Mitglieder der Beschwerdekammern oder der Nichtigkeitskammern können von jedem Beteiligten aus einem der in Absatz 1 genannten Gründe oder wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden. Die Ablehnung kann nicht mit der Staatsangehörigkeit der Mitglieder oder damit begründet werden, daß kein Mitglied der Kammer die Staatsangehörigkeit des Antragstellers besitzt.</p> <p>(4)* In den Fällen der Absätze 2 und 3 entscheidet die Kammer. Diese Entscheidung ergeht im Fall des Absatzes 2 ohne die Mitwirkung des betroffenen Mitglieds.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(3) Die Mitglieder der Beschwerdekammern oder der Großen Beschwerdekammer können von jedem Beteiligten aus einem der in Absatz 1 genannten Gründe oder wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden. Die Ablehnung kann nicht mit der Staatsangehörigkeit der Mitglieder oder damit begründet werden, daß kein Mitglied der Kammer die Staatsangehörigkeit des Antragstellers besitzt.

(4) +

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) In den in diesem Abkommen geregelten Verfahren vor dem Europäischen Patentamt kann Beweis erhoben werden. Als Beweismittel sind zulässig:</p> <p>a) persönliches Erscheinen der Beteiligten;</p> <p>b) Einholung von Auskünften und Vorlegung von Urkunden;</p> <p>c) Vernehmung von Zeugen;</p> <p>d) Begutachtung durch Sachverständige;</p> <p>e) Einnahme des Augenscheins.</p> <p>(2) Die Prüfungsabteilung, die Patentverwaltungsabteilung, die Beschwerdekammer und die Nichtigkeitskammer können die Beweiserhebung selbst vornehmen oder eines ihrer Mitglieder mit ihrer Durchführung beauftragen.</p> <p>(3) Die Beschwerdekammer und die Nichtigkeitskammer sowie das von der Beschwerdekammer oder der Nichtigkeitskammer mit der Durchführung der Beweiserhebung beauftragte Mitglied können Zeugen und Sachverständige beedigen.</p>	<p>(1) +</p> <p>a) +</p> <p>b) +</p> <p>c) +</p> <p>d) +</p> <p>e) +</p> <p>(2) Die Prüfungsabteilung, die Patentverwaltungsabteilung, die Beschwerdekammer können die Beweiserhebung selbst vornehmen oder eines ihrer Mitglieder mit ihrer Durchführung beauftragen.</p> <p>(3) Die Beschwerdekammer sowie das mit der Durchführung der Beweiserhebung beauftragte Mitglied können Zeugen und Sachverständige beedigen.</p>	<p>(1) * In den in diesem Abkommen geregelten Verfahren vor dem Europäischen Patentamt kann Beweis aufgenommen werden. Als Beweismittel sind zulässig:</p> <p>a) * persönliches Erscheinen der Beteiligten;</p> <p>b) * Einholung von Auskünften und Vorlegung von Urkunden;</p> <p>c) * Vernehmung von Zeugen;</p> <p>d) * Begutachtung durch Sachverständige;</p> <p>e) * Einnahme des Augenscheins.</p> <p>(2) Die Prüfungsabteilung, die Beschwerdekammer und die <u>Nichtigkeitskammer</u> können eines ihrer <u>Mitglieder</u> mit der Durchführung der Beweisaufnahme beauftragen.</p> <p>(3) die Beschwerdekammer und die <u>Nichtigkeitskammer</u> sowie das von der <u>Beschwerdekammer</u> oder der <u>Nichtigkeitskammer</u> mit der Durchführung der <u>Beweisaufnahme</u> beauftragte Mitglied können Zeugen und Sachverständige beedigen, sofern sie dies für erforderlich halten.</p>

Artikel 154

Beweisaufnahme

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

a) +

b) +

c) +

d) +

e) +

(2) Die Prüfungsabteilung und die Beschwerdekammer können eines ihrer Mitglieder mit der Durchführung der Beweisaufnahme beauftragen.

(3) Die Beschwerdekammer und das von ihr mit der Durchführung der Beweisaufnahme beauftragte Mitglied können Zeugen und Sachverständige beedigen, sofern sie dies für erforderlich halten.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(4) Die Beschwerdekammer und die Nichtigkeitskammer können gegen einen Zeugen, der trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht erschienen ist, eine Geldbuße bis zu verhängen. Die Geldbuße kann auch gegen einen Zeugen verhängt werden, der ohne berechtigten Grund die Aussage oder die Eidesleistung verweigert.</p> <p>(5) Jeder Vertragsstaat behandelt eine vor dem Europäischen Patentamt begangene Eidesverletzung eines Zeugen oder Sachverständigen wie eine vor seinen eigenen in Zivilsachen zuständigen Gerichten begangene Straftat. Auf Anzeige des Präsidenten des Europäischen Patentamts verfolgt er den Täter vor seinen zuständigen Gerichten.</p> <p>(6) Beteiligte, Zeugen und Sachverständige können durch die Gerichte ihres Wohnsitzes vernommen werden. Zeugen und Sachverständige können durch die Gerichte ihres Wohnsitzes auch dann beeidigt werden, wenn das Ersuchen um Vernehmung von der Prüfungsstelle, Prüfungsabteilung oder Patentverwaltungsabteilung gestellt worden ist.</p>	<p>(4) Die Beschwerdekammer kann gegen einen Zeugen, der trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht erschienen ist, eine Geldbuße bis zu verhängen. Die Geldbuße kann auch gegen einen Zeugen verhängt werden, der ohne berechtigten Grund die Aussage oder die Eidesleistung verweigert.</p> <p>(5) +</p> <p>(6) Beteiligte, Zeugen und Sachverständige können durch die Gerichte ihres Wohnsitzes vernommen werden. Zeugen und Sachverständige können durch die Gerichte ihres Wohnsitzes auch, soweit dies zulässig ist, beeidigt</p>	<p>(4) Die Beschwerdekammer und die <u>Nichtigkeitskammer</u> können gegen einen <u>Zeugen</u>, der trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht erschienen ist, eine Geldbuße bis zu verhängen. Dieselbe Geldbuße kann auch gegen einen Zeugen verhängt werden, der ohne berechtigten Grund die Aussage oder die Eidesleistung verweigert. Die Geldbuße kann aufgehoben werden, wenn der Zeuge berechnigte Entschuldigungsgründe vorbringt.</p> <p>(5) * Jeder Vertragsstaat behandelt eine vor dem Europäischen Patentamt begangene Eidesverletzung eines Zeugen oder Sachverständigen wie eine vor seinen eigenen in Zivilsachen zuständigen Gerichten begangene Straftat. Auf Anzeige des Präsidenten des Europäischen Patentamts verfolgt er den Täter vor seinen zuständigen Gerichten.</p> <p>(6) * Beteiligte, Zeugen und Sachverständige können durch die Gerichte ihres Wohnsitzes vernommen werden. Zeugen und Sachverständige können durch die Gerichte ihres Wohnsitzes auch dann beeidigt werden, wenn das Ersuchen um Vernehmung von der Prüfungsstelle, Prüfungsabteilung oder <u>Patentverwaltungsabteilung</u> gestellt worden ist.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(4) Die Beschwerdekammer kann gegen einen Zeugen, der trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht erschienen ist, eine Geldbuße bis zu verhängen. Dieselbe Geldbuße kann auch gegen einen Zeugen verhängt werden, der ohne berechtigten Grund die Aussage oder die Eidesleistung verweigert. Die Geldbuße kann aufgehoben werden, wenn der Zeuge berechnigte Entschuldigungsgründe vorbringt.

(5) +

(6) Beteiligte, Zeugen und Sachverständige können durch die Gerichte ihres Wohnsitzes vernommen werden. Zeugen und Sachverständige können durch die Gerichte ihres Wohnsitzes auch dann beeeidigt werden, wenn das Ersuchen um Vernehmung von der Prüfungsstelle oder der Prüfungsabteilung gestellt worden ist.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
	<p>werden, wenn das Er- suchen um Vernehmung von der Prüfungsstelle, Prüfungsabteilung oder Patentverwaltungsabtei- lung gestellt worden ist.</p>	

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Ist in diesem Abkommen oder in der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen eine Frist vorgesehen, die vom Europäischen Patentamt zu bestimmen ist, so darf diese Frist nicht auf weniger als zwei Monate und nicht auf mehr als vier Monate festgesetzt werden. In besonders gelagerten Fällen kann die Frist auf Antrag auf insgesamt sechs Monate verlängert werden.</p>	+	<p>Ist in diesem Abkommen eine Frist vorgesehen, die vom Europäischen Patentamt zu bestimmen ist, so darf diese Frist auf nicht weniger als zwei Monate und nicht mehr als vier Monate festgesetzt werden. In besonders gelagerten Fällen kann die Frist auf Antrag verlängert werden.</p>

§ 155 Fristen

Vorschlag des Vorsitzenden

+

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Der Anmelder oder Inhaber eines europäischen Patents, der durch höhere Gewalt verhindert worden ist, eine Frist einzuhalten, die er gegenüber dem Europäischen Patentamt zu wahren hat, wird auf Antrag wieder in den vorigen Stand eingesetzt, wenn die Verhinderung gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens oder der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen die Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung oder eines Antrags, den Verlust eines sonstigen Rechts oder den Verlust eines Rechtsmittels zur unmittelbaren Folge gehabt hat.</p> <p>(2) Der Antrag ist innerhalb von zwei Monaten nach Wegfall des Hindernisses einzureichen. Die versäumte Handlung ist innerhalb dieser Frist nachzuholen. Der Antrag ist nur innerhalb eines Jahres nach Ablauf der versäumten Frist zulässig. Im Fall der Nichtzahlung einer Jahresgebühr wird die in Artikel 120 Absatz 2 vorgesehene Frist in die Frist von einem Jahr eingerechnet.</p> <p>(3) Der Antrag ist zu begründen, wobei die zur Begründung dienenden Tatsachen und Mittel zur Glaubhaftmachung anzugeben sind.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p>	<p>(1) Der Anmelder oder Inhaber eines europäischen Patents, der durch höhere Gewalt verhindert worden ist, eine Frist einzuhalten, die er gegenüber dem Europäischen Patentamt zu wahren hat, wird auf Antrag wieder in den vorigen Stand eingesetzt, wenn die Verhinderung gemäß den Vorschriften dieses Abkommens die Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung oder eines Antrags, den Verlust eines sonstigen Rechts oder den Verlust eines Rechtsmittels zur unmittelbaren Folge hat.</p> <p>(2) Der Antrag ist innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Wegfall des Hindernisses einzureichen. Die versäumte Handlung ist innerhalb dieser Frist nachzuholen. Der Antrag ist nur innerhalb einer Frist von einem Jahr nach Ablauf der versäumten Frist zulässig. Im Fall der Nichtzahlung einer Jahresgebühr wird die in Artikel 120 Absatz 2 vorgesehene Frist in die Frist von einem Jahr eingerechnet.</p> <p>(3) Der Antrag ist zu begründen, wobei die zur Begründung dienenden Tatsachen glaubhaft zu machen sind.</p>

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Der Anmelder, der durch höhere Gewalt verhindert worden ist, eine Frist einzuhalten, die er gegenüber dem Europäischen Patentamt zu wahren hat, wird auf Antrag wieder in den vorigen Stand eingesetzt, wenn die Verhinderung gemäß den Vorschriften dieses Übereinkommens zur unmittelbaren Folge hat, daß die europäische Patentanmeldung oder ein Antrag zurückgewiesen wird, die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt oder der Verlust eines sonstigen Rechts oder der Verlust eines Rechtsmittels eintritt.

(2) +

(3) +

Bemerkung:

In Absatz 1 ist die Wiedereinsetzung ausgedehnt worden auf den Fall der Fiktion der Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung, wie sie in den Vorschlägen zu Artikel 78 Absatz 4 und 101 Absatz 1a enthalten ist. Wegen dieser Ausdehnung mußte die zweite Hälfte des Absatzes 1 sprachlich anders gefaßt werden.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(4) Über den Antrag entscheidet die Stelle, die über die in Absatz 2 vorgesehene Handlung zu entscheiden hat. Die Entscheidung, mit der der Antrag abgelehnt wird, ist mit Gründen zu versehen.</p>	(4) +	<p>(4) *Über den Antrag entscheidet die Stelle, die über die in Absatz 2 vorgesehene Handlung zu entscheiden hat. Die Entscheidung, mit der der Antrag abgelehnt wird, ist mit Gründen zu versehen.</p>
<p>(5) Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf die Fristen der Artikel 68 Absätze 3 und 4, 72 Absatz 1, 74 Absatz 1, 80 Absätze 4 und 5 und 88 Absatz 2.</p>	(5) +	<p>(5) *Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die Fristen der Artikel 68 Absätze 3 und 4, 72 Absatz 1, 74 Absatz 1, 80 Absätze 4 und 5 und 88 Absatz 2.</p>
<p>(6) Wer in einem der Vertragsstaaten in gutem Glauben die Erfindung, die Gegenstand eines europäischen Patents ist, in der Zeit zwischen dem Erlöschen oder der Aufhebung und dem Wiederinkrafttreten des Patents in Benutzung genommen oder wirkliche und ernsthafte Veranstaltungen zur Benutzung getroffen hat, darf die Benutzung in seinem Betrieb oder für die Bedürfnisse seines Betriebs unentgeltlich fortsetzen.</p>	(6) +	<p>(6) Wer in einem der Vertragsstaaten in gutem Glauben die Erfindung, die Gegenstand eines europäischen Patents ist, in der <u>Zeit zwischen dem Erlöschen oder dem Eintritt der Rechtskraft der Aufhebung eines europäischen Patents und der Bekanntmachung seines Wiederinkrafttretens</u> in Benutzung genommen oder wirkliche und ernsthafte Veranstaltungen zur Benutzung getroffen hat, darf die Benutzung in seinem Betrieb oder für die Bedürfnisse seines Betriebs unentgeltlich fortsetzen.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(4) +

(5) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die Fristen der Artikel 68b Absätze 1 und 2, 72 Absatz 1, 74 Absatz 1, 80 Absätze 4 und 5, 88 Absatz 2 und 98 Absatz 4.

(6) Wer in einem der Vertragsstaaten in gutem Glauben die Erfindung, die Gegenstand einer veröffentlichten europäischen Patentanmeldung ist, in der Zeit zwischen dem Eintritt der Rechtskraft der Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung oder dem Zeitpunkt, von dem an die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt und der Bekanntmachung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in Benutzung genommen oder wirkliche und ernsthafte Veranstaltungen zur Benutzung getroffen hat, darf die Benutzung in seinem Betrieb oder für die Bedürfnisse seines Betriebs unentgeltlich fortsetzen.

Bemerkung:

Absatz 6 sollte sowohl der geänderten Zielsetzung des Übereinkommens als auch dem gegenüber dem Vorentwurf von 1965 geänderten Verfahren angepaßt werden. Demgemäß wird einerseits vorgeschlagen, das durch Absatz 6 gewährte Recht zur Weiterbenutzung der angemeldeten Erfindung dadurch einzuschränken, daß der Fall des Erlöschens und des Wiederinkrafttretens des europäischen Patents herausgenommen wird, weil die Regelung dieses Falls dem nationalen Recht überlassen bleiben sollte. Andererseits sollte diese Vorschrift dahingehend erweitert werden, daß sie schon vom Zeitpunkt der neu eingeführten Veröffentlichung der Patentanmeldung an (Artikel 86a) Anwendung findet.

Außerdem ist der Fall der Fiktion der Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung mit einbezogen worden. Eine sachliche Änderung des Absatzes 6 ist mit diesem Vorschlag nicht beabsichtigt.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Ist der Anmelder oder Inhaber eines europäischen Patents verstorben und können seine Erben nicht ermittelt werden, so kann das Europäische Patentamt durch Aufgebot öffentlich die Aufforderung an die Erben richten, innerhalb einer angemessenen Frist ihr Erbrecht an der europäischen Patentanmeldung oder am europäischen Patent beim Europäischen Patentamt geltend zu machen.</p> <p>(2) Macht niemand sein Erbrecht rechtzeitig geltend oder weisen die Personen, die ein Erbrecht rechtzeitig geltend gemacht haben, ihr Erbrecht nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen oder das europäische Patent als erloschen.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) Ist der Anmelder oder Inhaber eines europäischen Patents <u>verstorben und können seine Erben nicht ermittelt</u> werden, so kann das Europäische Patentamt nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten vom Todestag an gerechnet, durch Aufgebot öffentlich die Aufforderung an die Erben richten, innerhalb einer angemessenen Frist ihr Erbrecht an der europäischen Patentanmeldung <u>oder am europäischen Patent</u> geltend zu machen.</p> <p>(2) * Macht niemand sein Erbrecht rechtzeitig geltend oder weisen die Personen, die ein Erbrecht rechtzeitig geltend gemacht haben, ihr Erbrecht nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen <u>oder das europäische Patent als erloschen.</u></p>

Aufgebot

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Ist der Anmelder verstorben und können seine Erben nicht ermittelt werden, so kann das Europäische Patentamt nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten, vom Todestag an gerechnet, durch Aufgebot öffentlich die Aufforderung an die Erben richten, innerhalb einer angemessenen Frist ihr Erbrecht an der europäischen Patentanmeldung geltend zu machen.

(2) Macht niemand sein Erbrecht rechtzeitig geltend oder weisen die Personen, die ein Erbrecht rechtzeitig geltend gemacht haben, ihr Erbrecht nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Artikel 158
Erfindernennung

Vorentwurf von 1962	EEA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Benennt der Anmelder oder Patentinhaber dem Europäischen Patentamt den Erfinder, so wird die vom Anmelder benannte Person in das europäische Patentregister, in der Bekanntmachung der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents und der Bekanntmachung der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents als endgültiges europäisches Patent sowie in den europäischen Patentschriften als Erfinder aufgeführt. Der Anmelder oder Patentinhaber kann diese Benennung jederzeit ändern. Die Richtigkeit der Angaben wird vom Europäischen Patentamt nicht geprüft.</p> <p>(2) Verzichtet der vom Anmelder oder Patentinhaber benannte Erfinder dem Europäischen Patentamt gegenüber schriftlich auf seine Nennung als Erfinder, so unterbleiben die in Absatz 1 vorgesehenen Maßnahmen.</p> <p>(3) Absatz 1 ist entsprechend anzuwenden,</p> <p>a) wenn ein Dritter dem Europäischen Patentamt ein rechtskräftiges Urteil vorlegt, aus dem hervorgeht, daß der Anmelder oder Patentin-</p>	<p>(1) Benennt der Anmelder oder Patentinhaber dem Europäischen Patentamt den Erfinder, so wird die vom Anmelder benannte Person in das europäische Patentregister, in der Bekanntmachung der Erteilung des europäischen Patents und der Bekanntmachung der Bestätigung des europäischen Patents als endgültige Patente sowie in den Patentschriften als Erfinder aufgeführt. Der Anmelder oder Patentinhaber kann diese Benennung jederzeit ändern. Die Richtigkeit der Angaben wird vom Europäischen Patentamt nicht geprüft.</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p> <p>a) +</p>	<p>- gestrichen; die Vorschriften dieses Artikels sind in die Ausführungsordnung zu Artikel 17 übernommen worden -</p>

Artikel 158

Erfindernennung

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt -

Bemerkung:

Die Vorschriften dieses Artikels sollten
in die Ausführungsordnung zu Artikel 17
übernommen werden.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>haber verpflichtet ist, ihn als Erfinder zu benennen,</p> <p>b) wenn ein Dritter dem Europäischen Patentamt einen Antrag auf Berichtigung der Erfindernennung vorlegt und auf die Zustimmung des Anmelders oder Patentinhabers und des zu Unrecht Benannten hinweist oder ein rechtskräftiges Urteil vorlegt.</p> <p>(4) Bereits herausgegebene Patentschriften werden nicht berichtigt.</p>	<p>b) +</p> <p>(4) +</p>	

Billigung der Fassung des Patents durch den Inhaber

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
		<p>Das Europäische Patentamt ist bei der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents, bei der in Artikel 96 vorgesehenen Mitteilung und bei der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents an die Fassung gebunden, die vom Anmelder oder Patentinhaber vorgeschlagen oder gebilligt worden ist.</p>

Artikel 158a

Billigung der Fassung der Patentansprüche und des Patents

Vorschlag des Vorsitzenden

Das Europäische Patentamt ist bei der in Artikel 96 vorgesehenen Mitteilung und bei der Erteilung des europäischen Patents an die Fassung gebunden, die vom Anmelder vorgeschlagen oder gebilligt worden ist.

Heranziehung allgemeiner Verfahrensgrundsätze

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Soweit dieses Abkommen oder die Ausführungsordnung zu diesem Abkommen Bestimmungen über das Verfahren nicht enthält, berücksichtigt das Europäische Patentamt die in den Vertragsstaaten allgemein anerkannten Grundsätze des Verfahrensrechts.	+	Soweit dieses Abkommen Vorschriften über das Verfahren nicht enthält, berücksichtigt das Europäische Patentamt die in den Vertragsstaaten allgemein anerkannten Grundsätze des Verfahrensrechts. Fehlen solche Grundsätze, so zieht das Europäische Patentamt das Recht eines oder mehrerer Vertragsstaaten heran.

Artikel 159

Heranziehung allgemeiner Verfahrensgrundsätze

Vorschlag des Vorsitzenden

+

ÖFFENTLICHKEIT, ZUSTELLUNG UND AKTENEINSICHT

Artikel 160

Öffentlichkeit des Verfahrens

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Anhörung vor der Prüfungsstelle, der Prüfungsabteilung und der Patentverwaltungsabteilung ist nicht öffentlich.</p> <p>(2) Die mündliche Verhandlung einschließlich der Verkündung der Entscheidung ist vor den Beschwerdekammern nach der Veröffentlichung des vorläufigen europäischen Patents und vor den Nichtigkeitsskammern öffentlich, sofern diese Kammern nicht in Fällen anderweitig entscheiden, in denen die Öffentlichkeit des Verfahrens schwerwiegende Nachteile zur Folge haben könnte.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) die mündliche Verhandlung einschließlich der Verkündung der Entscheidung ist vor den Beschwerdekammern nach der Veröffentlichung des europäischen Patents öffentlich.</p>	<p>(1) * Die Anhörung vor der Prüfungsstelle, der Prüfungsabteilung und der <u>Patentverwaltungsabteilung</u> ist nicht öffentlich.</p> <p>(2) * Die mündliche Verhandlung einschließlich der Verkündung der Entscheidung ist vor den Beschwerdekammern nach der Veröffentlichung <u>des vorläufigen europäischen Patents und vor den Nichtigkeitsskammern</u> öffentlich, sofern diese Kammern nicht in Fällen anderweitig entscheiden, in denen die Öffentlichkeit des Verfahrens schwerwiegende Nachteile zur Folge haben könnte.</p>

KAPITEL II

ÖFFENTLICHKEIT, ZUSTELLUNG UND AKTENEINSICHT

Artikel 160

Öffentlichkeit des Verfahrens

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die Anhörung vor der Prüfungsstelle und der Prüfungsabteilung ist nicht öffentlich.

(2) Die mündliche Verhandlung einschließlich der Verkündung der Entscheidung ist vor den Beschwerdekammern und der Großen Beschwerdekammer nach der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung oder der Bekanntmachung der Patentansprüche öffentlich, sofern diese Kammern nicht in Fällen anderweitig entscheiden, in denen die Öffentlichkeit des Verfahrens schwerwiegende Nachteile zur Folge haben könnte.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Das Europäische Patentamt stellt von Amts wegen zu alle Entscheidungen und Ladungen sowie die Bescheide und Mitteilungen, durch die eine Frist in Lauf gesetzt wird oder für die die Zustellung in diesem Abkommen oder in der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen vorgesehen ist oder für die der Präsident des Europäischen Patentamts die Zustellung vorgeschrieben hat. Diese Zustellungen können, soweit dies erforderlich ist, durch Vermittlung der für den gewerblichen Rechtsschutz zuständigen Zentralbehörden der Vertragsstaaten bewirkt werden.</p>	<p>+</p>	<p>Das Europäische Patentamt stellt von Amts wegen alle Entscheidungen und Ladungen sowie die Bescheide und Mitteilungen zu, durch die eine Frist in Lauf gesetzt wird oder für die die Zustellung in diesem Abkommen vorgesehen ist oder für die der Präsident des Europäischen Patentamts die Zustellung vorgeschrieben hat. Diese Zustellungen können, soweit dies erforderlich ist, durch Vermittlung der für den gewerblichen Rechtsschutz zuständigen Zentralbehörden der Vertragsstaaten bewirkt werden.</p>

Artikel 161
Zustellung

Vorschlag des Vorsitzenden

+

Artikel 162
Akteneinsicht

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Vor Bekanntmachung der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents wird Einsicht in die Akten europäischer Patentanmeldungen und vorläufiger europäischer Patente nur mit Zustimmung des Anmelders oder des Patentinhabers gewährt.</p>	(1) +	<p>(1) Einsicht in die Akten europäischer Patentanmeldungen und vorläufiger europäischer Patente, für die weder die in Artikel 86a vorgesehene Offenlegung noch die Bekanntmachung der Erteilung erfolgt ist, wird nur mit Zustimmung des Anmelders oder des Patentinhabers gewährt.</p>
<p>(2) Nach der Bekanntmachung der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents oder in dem in Artikel 117 Absatz 2 vorgesehenen Fall wird jedermann auf Antrag Einsicht in diejenigen Teile der Akten gewährt, die sich unmittelbar auf das Verfahren zur Erteilung, Bestätigung oder Vernichtung des europäischen Patents beziehen.</p>	(2) +	<p>(2) Nach der Bekanntmachung der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents oder gegebenenfalls der in Artikel 86a vorgesehenen Offenlegung sowie in dem in Artikel 117 Absatz 2 vorgesehenen Fall wird Dritten auf Antrag Einsicht in diejenigen Teile der Akten gewährt, die sich unmittelbar auf das Verfahren zur Erteilung, Bestätigung oder Vernichtung des europäischen Patents beziehen.</p>
<p>(3) Die in den vorhergehenden Absätzen vorgesehene Akteneinsicht wird nur nach Entrichtung der Gebühr gewährt, die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben ist.</p>	(3) +	<p>(3) Die in den vorhergehenden Absätzen vorgesehene Akteneinsicht wird in das Original oder eine Abschrift gewährt und ist von der Entrichtung der in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebenen Gebühr abhängig.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Einsicht in die Akten europäischer Patentanmeldungen, die noch nicht gemäß den Artikeln 86a oder 96 Absatz 3 veröffentlicht worden sind, wird nur mit Zustimmung des Anmelders gewährt.

Bemerkung:

(2) Nach der in den Artikeln 86a oder 96 Absatz 3 vorgesehenen Veröffentlichung / sowie in dem in Artikel 117 Absatz 2 vorgesehenen Fall / wird Dritten auf Antrag Einsicht in diejenigen Teile der Akten gewährt, die sich unmittelbar auf das Verfahren zur Erteilung des europäischen Patents beziehen.

(3) +

Absatz 3 könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

Mitteilung von Einwendungen nationaler Behörden

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Der Inhaber des vorläufigen europäischen Patents ist verpflichtet, auf Verlangen der Prüfungsabteilung oder der Beschwerdekammer innerhalb einer zu bestimmenden Frist die Staaten anzugeben, in denen er nationale Patentanmeldungen für die Erfindung oder einen Teil der Erfindung eingereicht hat, die Gegenstand des europäischen Patents ist, und die Aktenzeichen der genannten Anmeldungen mitzuteilen. Ferner kann vom Patentinhaber verlangt werden, daß er innerhalb einer zu bestimmenden Frist Einwendungen, die im Laufe des Verfahrens vor der nationalen Behörde erhoben worden sind, und die Entscheidungen dieser Behörde in dem Umfang mitteilt, in dem diese Einwendungen und Entscheidungen sich auf die Neuheit der Erfindung beziehen.</p> <p>(2) Die Prüfungsabteilung oder die Beschwerdekammer spricht die Aufhebung des vorläufigen europäischen Patents aus, wenn der Patentinhaber den in Absatz 1 vorgesehenen Verpflichtungen nicht nachkommt.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) <u>Der Inhaber des vorläufigen europäischen Patents ist verpflichtet, auf Verlangen der Prüfungsabteilung oder der Beschwerdekammer innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist die Staaten anzugeben, in denen er nationale Patentanmeldungen für die Erfindung oder einen Teil der Erfindung eingereicht hat, die Gegenstand des europäischen Patents ist, und die Aktenzeichen der genannten Anmeldungen mitzuteilen.</u></p> <p>(2)*<u>Die Prüfungsabteilung oder die Beschwerdekammer spricht die Aufhebung des vorläufigen europäischen Patents aus, wenn der Patentinhaber den in Absatz 1 vorgesehenen Verpflichtungen nicht nachkommt.</u></p>

Mitteilung von Einwendungen nationaler Behörden

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Der Anmelder ist verpflichtet, auf Verlangen der Prüfungsabteilung oder der Beschwerdekammer innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist die Staaten anzugeben, in denen er nationale Patentanmeldungen für die Erfindung oder einen Teil der Erfindung eingereicht hat, die Gegenstand der europäischen Patentanmeldung ist, und die Aktenzeichen der genannten Anmeldungen mitzuteilen.

(2) Kommt der Anmelder den in Absatz 1 vorgesehenen Verpflichtungen nicht nach, so wird die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen.

KOSTEN UND ZWANGSVOLLSTRECKUNG

Artikel 164

Kosten im Prüfungsverfahren

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Im Verfahren zur Erteilung oder Prüfung des vorläufigen europäischen Patents trägt jeder Beteiligte die ihm erwachsenen Kosten selbst, soweit nicht die Prüfungsstelle oder die Prüfungsabteilung, wenn und soweit dies der Billigkeit entspricht, über eine Verteilung der Kosten entscheidet, die durch eine Anhörung der Beteiligten oder eine Beweisaufnahme verursacht worden sind.</p> <p>(2) Die Verteilung der Kosten wird in der Entscheidung über die Erteilung oder Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents getroffen. Sie kann auch getroffen werden, wenn die Patentanmeldung zurückgenommen worden oder das vorläufige europäische Patent erloschen ist.</p> <p>(3) Die Verteilung der Kosten einschließlich der Vergütung für die Vertreter der Beteiligten kann sich nur auf die Kosten erstrecken, die zur zweckentsprechenden Wahrung der Rechte notwendig waren.</p> <p>(4) Die Prüfungsstelle setzt auf Antrag den Betrag der Kosten fest, die auf Grund einer Entscheidung über die</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p> <p>(4) +</p>	<p>(1)*Im Verfahren zur Erteilung oder Prüfung des vorläufigen europäischen Patents trägt jeder Beteiligte die ihm erwachsenen Kosten selbst, soweit nicht die Prüfungsstelle oder die Prüfungsabteilung, wenn und soweit dies der Billigkeit entspricht, über eine Verteilung der Kosten entscheidet, die durch eine Anhörung der Beteiligten oder eine Beweisaufnahme verursacht worden sind.</p> <p>(2)*Die Verteilung der Kosten wird in der Entscheidung über die Erteilung oder Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents angeordnet. Sie kann auch angeordnet werden, wenn die Patentanmeldung zurückgenommen worden oder das vorläufige europäische Patent erloschen ist.</p> <p>(3)*Die Verteilung der Kosten einschließlich der Vergütung für die Vertreter der Beteiligten kann sich nur auf die Kosten erstrecken, die zur zweckentsprechenden Wahrung der Rechte notwendig waren.</p> <p>(4)*Die Prüfungsstelle setzt auf Antrag den Betrag der Kosten fest, die aufgrund einer Entscheidung über die</p>

KAPITEL III

KOSTEN UND ZWANGSVOLLSTRECKUNG

Artikel 164

Kosten im Prüfungsverfahren

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Im Verfahren zur Erteilung des europäischen Patents trägt jeder Beteiligte die ihm erwachsenen Kosten selbst, soweit nicht die Prüfungsstelle oder die Prüfungsabteilung, wenn und soweit dies der Billigkeit entspricht, über eine Verteilung der Kosten entscheidet, die durch eine Anhörung der Beteiligten oder eine Beweisaufnahme verursacht worden sind.

(2) Die Verteilung der Kosten wird in der Entscheidung über die Erteilung des europäischen Patents angeordnet. Sie kann auch angeordnet werden, wenn die Patentanmeldung zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt.

(3) +

(4) +

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Verteilung zu erstatten sind. Dem Antrag sind eine Kostenberechnung und die Belege beizufügen. Der Antrag ist erst zulässig, wenn die Entscheidung, auf Grund deren die Festsetzung der Kosten beantragt wird, rechtskräftig ist. Zur Festsetzung der Kosten genügt es, daß sie glaubhaft gemacht werden.</p>		<p>Verteilung zu erstatten sind. Dem Antrag sind eine Kostenberechnung und die Belege beizufügen. Der Antrag ist erst zulässig, wenn die Entscheidung, aufgrund deren die Festsetzung der Kosten beantragt wird, rechtskräftig ist. Zur Festsetzung der Kosten genügt es, daß sie glaubhaft gemacht werden.</p>

Kosten im Beschwerdeverfahren

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Im Beschwerdeverfahren trägt jeder Beteiligte die ihm erwachsenen Kosten selbst, soweit nicht die Beschwerdekammer, wenn und soweit dies der Billigkeit entspricht, über eine Verteilung der Kosten mit Ausnahme der in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebenen Gebühren entscheidet.</p> <p>(2) Die Verteilung der Kosten wird in der Entscheidung über die Beschwerde getroffen. Sie kann auch getroffen werden, wenn die Patentanmeldung oder die Beschwerde zurückgenommen worden oder das vorläufige europäische Patent erloschen ist.</p> <p>(3) Die Bestimmungen des Artikels 164 Absätze 3 und 4 finden Anwendung.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p>	<p>(1) Im Beschwerdeverfahren trägt jeder Beteiligte die ihm erwachsenen Kosten selbst, soweit nicht die Beschwerdekammer, wenn und soweit dies der Billigkeit entspricht, über eine Verteilung der Kosten einschließlich der Beschwerdegebühr, jedoch mit Ausnahme der anderen in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebenen Gebühren entscheidet.</p> <p>(2)*Die Verteilung der Kosten wird in der Entscheidung über die Beschwerde angeordnet. Sie kann auch angeordnet werden, wenn die Patentanmeldung oder die Beschwerde zurückgenommen worden oder <u>das vorläufige europäische Patent</u> erloschen ist.</p> <p>(3)*Artikel 164 Absätze 3 und 4 findet Anwendung.</p>

Kosten im Beschwerdeverfahren

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

(2) Die Verteilung der Kosten wird in der Entscheidung über die Beschwerde angeordnet. Sie kann auch angeordnet werden, wenn die Patentanmeldung oder die Beschwerde zurückgenommen worden ist oder die Patentanmeldung als zurückgenommen gilt.

(3) +

Artikel 166

Kosten im Zwangslizenzverfahren

Artikel 167

Kosten im Nichtigkeitsverfahren

Artikel 168

Kosten im Feststellungsverfahren

Vorschlag des Vorsitzenden: Entfallen

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p><u>1. Fassung</u></p> <p>(1) Der Anmelder oder Patentinhaber wird auf Antrag im Verfahren zur Erteilung oder Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents sowie im Beschwerdeverfahren von der Zahlung der in diesem Abkommen oder in der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen vorgesehenen Gebühren und anderen Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der Anmeldegebühr und der Jahresgebühren befreit, wenn die zuständige Behörde eines Vertragsstaats bescheinigt, daß der Anmelder oder Patentinhaber wegen Bedürftigkeit zur Zahlung nicht in der Lage ist. Der Antragsteller wird gemäß dem Inhalt der Bescheinigung von der Zahlung ganz oder teilweise befreit. Die Bescheinigung gibt gegebenenfalls den Teil der Gebühren und anderen Kosten des Verfahrens an, die der Antragsteller selbst tragen kann.</p> <p>(2) Die Bestimmungen in Absatz 1 gelten entsprechend für die Beteiligten im Verfahren zur Erklärung der Nichtigkeit des endgültigen europäischen Patents.</p> <p>(3) Die Befreiung wird nur gewährt, wenn der Antrag und die Bescheinigung nach Absatz 1 innerhalb der für die Zahlung gesetzten Frist</p>	<p><u>1. Fassung</u></p> <p>(1) +</p> <p>(2) - gestrichen -</p> <p>(3) +</p>	

Artikel 169

Armenrecht

Vorschlag des Vorsitzenden

siehe nächstes Blatt

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>eingereicht werden. Macht jedoch der Antragsteller innerhalb der genannten Frist glaubhaft, daß er die Bescheinigung bei der zuständigen Behörde beantragt hat, so verlängert sich diese Frist um drei Monate. Wird die Bescheinigung auch innerhalb der genannten drei Monate nicht vorgelegt, so gilt die Verlängerung als nicht erfolgt.</p> <p>(4) Die zuständige Behörde des Vertragsstaats darf Bescheinigungen nur natürlichen Personen erteilen, die Staatsangehörige des betreffenden Vertragsstaats sind oder ihren Wohnsitz im Gebiet dieses Vertragsstaats haben.</p> <p>(5) Die Gebühren und sonstigen Kosten des Verfahrens, von deren Zahlung der Antragsteller befreit wird, sind dem Europäischen Patentamt von dem Vertragsstaat zu erstatten, dessen zuständige Behörde die Bescheinigung erteilt hat.</p> <p>(6) Die Vertragsstaaten sind nicht verpflichtet, die in diesem Artikel vorgesehenen Bescheinigungen zu erteilen.</p> <p><u>2. Fassung</u></p> <p>Die Vertragsstaaten können alle Maßnahmen ergreifen, um den Anmeldern oder Inhabern europäischer Patente und den Beteiligten im Verfahren zur Erklärung der Nichtigkeit endgültiger europäischer</p>	<p>(4) +</p> <p>(5) +</p> <p>(6) +</p> <p><u>2. Fassung</u></p> <p>Die Vertragsstaaten können alle Maßnahmen ergreifen, um den Anmeldern oder Inhabern europäischer Patente für die Zahlung der Gebühren und anderer</p>	<p>Es bleibt den Vertragsstaaten vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Anmeldern oder Inhabern europäischer Patente und den Beteiligten im Verfahren zur</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

Es bleibt den Vertragsstaaten vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Anmeldern für die Zahlung der Gebühren und anderer Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der Anmeldegebühr das Armenrecht zu gewähren, soweit sie wegen Bedürftigkeit

Bemerkung:

Im Vorschlag des Vorsitzenden sind die Bestimmungen über das Armenrecht auf die Jahresgebühren ausgedehnt worden. Damit ist dem Vorschlag des Vorsitzenden zu Artikel 122 Rechnung getragen worden,

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Patente für die Zahlung der Gebühren und anderer Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der Anmeldegebühr und der Jahresgebühren das Armenrecht zu gewähren, soweit diese Personen wegen Bedürftigkeit zur Zahlung nicht in der Lage sind. Diese Maßnahmen können nur zugunsten natürlicher Personen getroffen werden, die Staatsangehörige des betreffenden Vertragsstaats sind oder ihren Wohnsitz im Gebiet dieses Vertragsstaats haben.	Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der Anmeldegebühr und der Jahresgebühren das Armenrecht zu gewähren, soweit diese Personen wegen Bedürftigkeit zur Zahlung nicht in der Lage sind. Diese Maßnahmen können nur zugunsten natürlicher Personen getroffen werden, die Staatsangehörige des betreffenden Vertragsstaats sind oder ihren Wohnsitz im Gebiet dieses Vertragsstaats haben.	<u>Erklärung der Nichtigkeit endgültiger europäischer Patente für die Zahlung der Gebühren und anderer Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der Anmeldegebühr und der Jahresgebühren das Armenrecht zu gewähren, soweit diese Personen wegen Bedürftigkeit zur Zahlung nicht in der Lage sind.</u>

Vorschlag des Vorsitzenden

zur Zahlung nicht in der Lage sind.

demzufolge die Stundung von Jahresgebühren entfallen sollte. Falls die Arbeitsgruppe entgegen dem Vorschlag des Vorsitzenden zu Artikel 122 die Stundung von Jahresgebühren vorsehen sollte, wären im vorliegenden Artikel 169 die Jahresgebühren von der Gewährung des Armenrechts wieder auszunehmen.

Vollstreckung von Kosten und Geldbußen

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Entscheidungen des Europäischen Patentamts über die Festsetzung der Kosten des Verfahrens, über die Erhebung einer Geldbuße oder über die Feststellung der Nichtzahlung von Jahresgebühren im Sinne des Artikels 123 sind vollstreckbare Titel; dies gilt nicht gegenüber Staaten.</p>	(1) +	<p>(1) Die Entscheidungen des Europäischen Patentamts über die Festsetzung der Kosten des Verfahrens, über die Erhebung einer Geldbuße oder über die Feststellung der Nichtzahlung einer Gebühr sind vollstreckbare Titel; dies gilt nicht gegenüber Staaten.</p>
<p>(2) Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach den Vorschriften des Zivilprozeßrechts des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie stattfindet. Die Vollstreckungsklausel wird nach einer Prüfung, die sich lediglich auf die Echtheit des Titels erstrecken darf, von der nationalen Behörde erteilt, welche die Regierung jedes Vertragsstaats zu diesem Zweck bestimmt und dem Europäischen Patentamt benennt.</p>	(2) +	<p>(2) * Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach den Vorschriften des Zivilprozeßrechts des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie stattfindet. Die Vollstreckungsklausel wird nach einer Prüfung, die sich lediglich auf die Echtheit des Titels erstrecken darf, von der nationalen Behörde erteilt, welche die Regierung jedes Vertragsstaats zu diesem Zweck bestimmt und dem Europäischen Patentamt benennt.</p>
<p>(3) Sind diese Formvorschriften auf Antrag des die Vollstreckung betreibenden Beteiligten erfüllt, so kann dieser die Zwangsvollstreckung nach nationalem Recht betreiben, indem er die zuständige Stelle unmittelbar anruft.</p>	(3) +	<p>(3) * Sind diese Formvorschriften auf Antrag des die Vollstreckung betreibenden Beteiligten erfüllt, so kann dieser die Zwangsvollstreckung nach nationalem Recht betreiben, indem er die zuständige Stelle unmittelbar anruft.</p>

Artikel 170

Vollstreckung von Kosten und Geldbußen

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

(2) +

(3) +

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
(4) Die Zwangsvollstreckung kann nur durch eine Entscheidung des Europäischen Patentamts oder des Europäischen Patentgerichts ausgesetzt werden. Für die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahmen sind jedoch die nationalen Rechtsprechungsorgane zuständig.	(4) +	(4) - gestrichen -

zu Artikel 170

Vorschlag des Vorsitzenden

(4) - entfällt -

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Vertretung natürlicher und juristischer Personen in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt kann nur durch natürliche Personen wahrgenommen werden, die in eine beim Europäischen Patentamt geführte Liste eingetragen sind.</p> <p>(2) In die Liste kann jede Person eingetragen werden, die ihren Geschäftssitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten hat und gemäß einer Bescheinigung der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines der Vertragsstaaten befugt ist, die berufsmäßige Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts vor dieser Behörde auszuüben. Die Eintragung erfolgt auf Grund eines Antrags, dem die oben genannte Bescheinigung beizufügen ist, aus der sich der Umfang der Vertretungsbefugnis ergeben muß.</p> <p>(3) Unterliegt in einem Vertragsstaat die Vertretungsbefugnis nicht dem Erfordernis einer besonderen beruflichen Befähigung, so müssen die Antragsteller, die die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz dieses Staats wahrnehmen, diese Vertretung mindestens fünf Jahre lang regelmäßig ausgeübt haben. In einem solchen Fall</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p>	<p>(1) * Die Vertretung natürlicher und juristischer Personen in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt kann nur durch natürliche Personen wahrgenommen werden, die in eine beim Europäischen Patentamt geführte Liste eingetragen sind.</p> <p>(2) * In die Liste kann jede Person eingetragen werden, die ihren Geschäftssitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten hat und gemäß einer Bescheinigung der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines der Vertragsstaaten befugt ist, die berufsmäßige Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts vor dieser Behörde auszuüben. Die Eintragung erfolgt auf Grund eines Antrags, dem die oben genannte Bescheinigung beizufügen ist, aus der sich der Umfang der Vertretungsbefugnis ergeben muß.</p> <p>(3) * Unterliegt in einem Vertragsstaat die Vertretungsbefugnis nicht dem Erfordernis einer besonderen beruflichen Befähigung, so müssen die Antragsteller, die die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz dieses Staats wahrnehmen, diese Vertretung mindestens fünf Jahre lang regelmäßig ausgeübt haben. In ei-</p>

VERTRETUNG

Artikel 171

Berufsmäßiger Vertreter

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

(2) +

(3) +

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>muß sich aus der im vorhergehenden Absatz genannten Bescheinigung ergeben, daß der Antragsteller diesem Erfordernis entspricht.</p> <p>(4) Die Vertreter, die in die in Absatz 1 vorgesehene Liste eingetragen sind, dürfen vor dem Europäischen Patentamt die Vertretung nur in dem Umfang wahrnehmen, in dem sie gemäß der in Absatz 2 vorgesehenen Bescheinigung die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts in dem Vertragsstaat wahrnehmen können, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben.</p> <p>(5) Die Vertretung vor dem Europäischen Patentamt kann darüber hinaus von jedem Rechtsanwalt, der in einem der Vertragsstaaten zugelassen ist und seinen Geschäftssitz in diesem Staat hat, in dem Umfang wahrgenommen werden, in dem er in diesem Staat die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts ausüben kann.</p>	<p>(4) +</p> <p>(5) +</p>	<p>nem solchen Fall muß sich aus der im vorhergehenden Absatz genannten Bescheinigung ergeben, daß der Antragsteller diesem Erfordernis entspricht.</p> <p>(4) * Die Vertreter, die in die in Absatz 1 vorgesehene Liste eingetragen sind, dürfen vor dem Europäischen Patentamt die Vertretung nur in dem Umfang wahrnehmen, in dem sie gemäß der in Absatz 2 vorgesehenen Bescheinigung die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts in dem Vertragsstaat wahrnehmen können, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben.</p> <p>(5) * Die Vertretung vor dem Europäischen Patentamt kann darüber hinaus von jedem Rechtsanwalt, der in einem der Vertragsstaaten zugelassen ist und seinen Geschäftssitz in diesem Staat hat, in dem Umfang wahrgenommen werden, in dem er in diesem Staat die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts ausüben kann.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(4) +

(5) +

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Vorbehaltlich der Vorschriften der folgenden Absätze ist niemand verpflichtet, sich vor dem Europäischen Patentamt vertreten zu lassen.</p> <p>(2) Die natürlichen und juristischen Personen, die weder Sitz noch Wohnsitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten haben, müssen sich in jedem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt vertreten lassen. Der Vertreter des Patentinhabers bleibt nach der Beendigung eines Verfahrens befugt, rechtswirksam jede Zustellung entgegenzunehmen, die sich auf das europäische Patent bezieht, soweit nicht der Patentinhaber in dem Gebiet eines der Vertragsstaaten einen anderen Zustellungsbevollmächtigten bestellt hat.</p> <p>(3) Anmeldungen, Anträge und Beschwerden der in Absatz 2 genannten Personen können nur durch den Vertreter eingereicht werden. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmung gilt die Anmeldung, der Antrag oder die Beschwerde als nicht eingereicht.</p> <p>(4) Der in Absatz 2 genannte Vertreter wird in das europäische Patentregister eingetragen. Der eingetragene Vertreter, dessen Vertretungsmacht erloschen ist, wird weiter als Vertreter angesehen, solange er im Register eingetragen ist.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p> <p>(4) +</p>	<p>(1) * Vorbehaltlich der Vorschriften der folgenden Absätze ist niemand verpflichtet, sich vor dem Europäischen Patentamt vertreten zu lassen.</p> <p>(2) * Die natürlichen und juristischen Personen, die weder Sitz noch Wohnsitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten haben, müssen sich in jedem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt vertreten lassen. Der Vertreter des Patentinhabers bleibt nach der Beendigung eines Verfahrens befugt, rechtswirksam jede Zustellung entgegenzunehmen, die sich auf das europäische Patent bezieht, soweit nicht der Patentinhaber in dem Gebiet eines der Vertragsstaaten einen anderen Zustellungsbevollmächtigten bestellt hat.</p> <p>(3)*Anmeldungen, Anträge und Beschwerden der in Absatz 2 genannten Personen können nur durch den Vertreter eingereicht werden. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmung gilt die Anmeldung, der Antrag oder die Beschwerde als nicht eingereicht.</p> <p>(4) * Der in Absatz 2 genannte Vertreter wird in das europäische Patentregister eingetragen. Der eingetragene Vertreter, dessen Vertretungsmacht erloschen ist, wird weiter als Vertreter angesehen, solange er im Register eingetragen ist.</p>

Notwendiger Vertreter

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

Bemerkung:

(2) Die natürlichen und juristischen Personen, die weder Sitz noch Wohnsitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten haben, müssen sich in jedem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt vertreten lassen.

(3) Anmeldungen, Einsprüche, Anträge und Beschwerden der in Absatz 2 genannten Personen können nur durch den Vertreter eingereicht werden. Bei Nichtbeachtung dieser Vorschrift gilt die Anmeldung, der Einspruch, der Antrag oder die Beschwerde als nicht eingereicht.

(4) Der in Absatz 2 genannte Vertreter des Anmelders wird in das europäische Patentregister eingetragen. Der eingetragene Vertreter, dessen Vertretungsmacht erloschen ist, wird bis zur Erteilung des europäischen Patents als Vertreter angesehen, solange er im Register eingetragen ist.

Die Einfügung der Worte "des Anmelders" dient der Klarstellung, da anzunehmen ist, daß auch nach dem Vorentwurf von 1965 nicht beabsichtigt war, einen Vertreter des Einsprechenden oder sonstiger Beteiligter in das Europäische Patentregister einzutragen.

Artikel 173

Vollmacht

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Vertreter vor dem Europäischen Patentamt müssen eine schriftliche Vollmacht einreichen.</p> <p>(2) Ist die Vertretung mehreren Bevollmächtigten übertragen, so sind diese ungeachtet einer abweichenden Bestimmung der Vollmacht berechtigt, sowohl gemeinschaftlich als auch einzeln zu handeln.</p> <p>(3) Sofern in der Vollmacht nichts Abweichendes bestimmt ist, erlischt die Vollmacht nicht mit dem Tod des Vollmachtgebers.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p>	<p>(1) * Die Vertreter vor dem Europäischen Patentamt müssen eine schriftliche Vollmacht einreichen.</p> <p>(2) * Ist die Vertretung mehreren Bevollmächtigten übertragen, so sind diese ungeachtet einer abweichenden Bestimmung der Vollmacht berechtigt, sowohl gemeinschaftlich als auch einzeln zu handeln.</p> <p>(3) * Sofern in der Vollmacht nichts Abweichendes bestimmt ist, erlischt die Vollmacht nicht mit dem Tod des Vollmachtgebers.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

(2) +

(3) +

ZEHNTER TEIL

VERLETZUNGSVERFAHREN UND ANDERE ZIVILVERFAHREN

Artikel 174 bis 184

mit Ausnahme des Artikels 180

Vorschlag des Vorsitzenden: Entfallen

Gutachten des Europäischen Patentamts

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Auf Ersuchen des mit der Verletzungsklage befaßten zuständigen nationalen Gerichts ist das Europäische Patentamt verpflichtet, alle technischen Gutachten über das europäische Patent zu erstatten, das Gegenstand des Rechtsstreits ist.</p>	<p>Auf Ersuchen des mit der Verletzungsklage befaßten zuständigen nationalen Gerichts ist das Europäische Patentamt verpflichtet, ein technisches Gutachten über das endgültige Patent zu erstatten, das Gegenstand des Rechtsstreits ist.</p>	<p>* Auf Ersuchen des mit der Verletzungsklage befaßten zuständigen nationalen Gerichts ist das Europäische Patentamt verpflichtet, alle technischen Gutachten über das europäische Patent zu erstatten, das Gegenstand des Rechtsstreits ist.</p>

Artikel 180

Gutachten des Europäischen Patentamts

Vorschlag des Vorsitzenden

Auf Grund einer Entscheidung des mit der Ver-
letzungsklage befaßten zuständigen nationalen Ge-
richts ist das Europäische Patentamt verpflichtet,
alle technischen Gutachten über das europäische
Patent zu erstatten, das Gegenstand des Rechtsstreits ist.

ELFTER TEIL
ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Artikel 185 bis 205

ZWÖLFTER TEIL
SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 206 bis 217

Vorschlag des Vorsitzenden: Zurückgestellt

